

**Erstpreis täglich**  
nachmitt. mit Ausnahme  
von Sonn- und Feiertagen.

**Abonnementspreis**  
monatlich 90 Pf.  
vierteljährlich 2,70 Mk.  
jährlich 10,00 Mk.  
Durch die Post bezogen  
1,00 Mk. nach. Nachzahlg.

**„Die Neue Welt“**  
(Anzeigenergebnisse),  
monatlich 10 Pf.

**Verlags-Anstalt:**  
Redaktion: Nr. 1047  
Expedition: Nr. 1047  
Telegraphen-Adresse:  
Verwaltung: Halle a. S.

# Die Neue Welt

**Insertionsgebühren**  
betragen für die 8 Spalten  
Zeile für die 8 Spalten  
Beitrag oder deren Raum  
20 Pfennig.  
Für ausserordentlich  
kurze Anzeigen  
25 Pfennig.  
Im rezeptionsfreien Falle  
betragen die 10 Zeilen der  
Expedition 1,00 Mk.

**Insertate**  
für die 8 Spalten  
müssen spätestens bis  
10 Uhr in der  
Expedition aufgegeben  
sein.

Einsetzen in die  
Postzeitungskasse.

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Nr. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. a Redaktion: Nr. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

### Die indirekten Steuern.

Die indirekten Steuern sind keine Erfindung der Neuzeit; schon in früheren Jahrhunderten benutzte der Absolutismus diese Methode, die Lieben Untertanen zugunsten seines Staates fähig zu machen. Aber erst die moderne Entwicklung des Kapitalismus hat die indirekte Besteuerung in ein vollendetes System gebracht. Denn einerseits sind die Staatsausgaben durch den Imperialismus riesig gewachsen, andererseits ist die Umverteilung der Volkswirtschaft durch eine kleine herrschende Klasse zum offenen Regierungssystem geworden, worin die schwere Besteuerung der Massen nur ein selbstverständliches Mittel bildet. Niemand tritt der Zusammenhang zwischen Militarismus und indirekten Steuern so klar hervor als in Deutschland und nirgends wirken sie daher so aufreizend. Durch die unvollkommene Einheit des Reiches werden einerseits alle Kultur- und Verwaltungsausgaben, andererseits die direkten Steuern als ein Monopol der Einzelstaaten betrachtet, und das Reichsbudget geht an der einen Seite fast zur Militärausgaben, an der anderen Seite fast zur Einkommen- und Verbrauchssteuern. Zusammen sind sie aus kleinen Anfängen zu der ungeheuren Summe von mehr als anderthalb Millionen gestiegen. Während in anderen Ländern die Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern in einem einzigen großen Säckel fließen, woraus die Ausgaben aller Art eines modernen Staates bezahlt werden, kann die Volkswirtschaft hier in Deutschland genau sehen, für welche Zwecke sie eigentlich so erdrückend belastet wird.

Der kühnen Form nach unterscheiden sich direkte und indirekte Steuern nur nach der Art ihrer Erhebung. Und dieser äußere Schein bietet daher einen schönen Vorwand, die indirekten Steuern zu verteidigen. Für die direkte Steuer kommt der Steuerpflichtige in unser Haus, fordert Aufklärung über Zweck und Vermögensverhältnisse, deckt seine Nase überall hin und wenn man fröhlich und unbekümmert die fester werdenden Geldbeutel selbst nach ins Steueramt tragen. Wie viel angenehmer lassen sich dagegen die Verbrauchssteuern zahlen! Man kauft Brot, Fleisch, Kaffee, Zigaretten, Bier, man bezahlt die Ware und ohne das man es bemerkt oder ahnt, hat man in dem Preis die Steuer mit entrichtet. Daher sagte Wislizenus auf 1875 im Reichstag: „Ich halte die indirekten Steuern für einen harten und plumpen Rohbrot. Ich erkläre mich von Haus aus wesentlich für Aufhebung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirekte Steuern. Was auch theoretisch dagegen gesagt werden mag, faktisch ist, daß man sie weniger fühlt.“ Wenn dann es Wislizenus, der nach den Mitteilungen d. Reichstags — ähnlich wie die Junker es noch immer machen — sein Einkommen dem Fiskus viel zu niedrig angewiesen pflegte, gewiß nicht bedenken, daß er eine aufrichtige Abneigung gegen die Steuern und seinen Einkommensverhältnisse empfand. Seine Behauptung jedoch, daß man die Verbrauchssteuern nicht fühlt, ist völlig falsch. Seine Verteidigung der indirekten Steuern ist im Grunde eine Verteidigung der Lastenpfeiler, die ja auch alles andere als roh und plump ist. Wenn uns ein Lastenpfeiler die Bürde nimmt, bemerken wir es auch nicht unmittelbar, aber einmal zu Hause, fühlen wir es nur zu gut, daß wir ärmer geworden sind. So sind auch die indirekten Steuern, ihrer vielerleiartigen Form nach, nur eine Lastenpfeiler gefeierter Natur. Und ihrem Wesen nach sind sie ein Diebstahl, der an den großen armen Volkswaffen verübt wird.

Der Form nach werden sie von irgend einem Bedürfnis, z. B. dem des Verkehrs, erhoben. Daher steht ihnen nicht Gewalt und offen an der Seite geschrieben, daß sie die Massen belasten sollen. Es gibt auch Verbrauchssteuern, die einen Zweckzweck der Reichsbehörden. Aber diese dienen nur Augenblicken; sie bringen wenig ein — was besagt eine Schammittelsteuer von 5 Millionen gegen eine Pfeffersteuer, die mehr als 100 Millionen einbringt! Das kommt nicht daher, daß die Massen weniger verbrauchen, sondern ihr Verbrauch verteilt sich über so lausendfach verschiedenartige Artikel, daß er mit einzelnen Verbrauchssteuern kaum zu fassen ist; das wäre nur durch eine allgemeine Verkaufs- oder eine Einkommensteuer möglich. Bei der Volkswirtschaft konzentriert sich der Verbrauch auf einzelne wichtige Nahrungs- und Genussmittel; nur die Besteuerung dieser Massenkonsumartikel kann die großen Geldsummen einbringen, die der Staat braucht; aber dadurch drückt sie auch die Massen mit geräuschvoller Hand und wird sie durch die Besteuerung der notwendigen Lebensmittel ihre Lebenshaltung tief herunter.

Die Brutalität dieses Steuerwesens — denn einmal erkannt, wie es nämlich dem Lastenpfeiler wie eine brutale Faust — wird in Deutschland noch dadurch erhöht, daß zu der Schöpfung zugunsten des Staates nach die Erpressung im Interesse privater Klassen hinzukommt. Am offenkundigsten ist das der Fall bei den Schutzsteuern; hier war ja von Anfang an der Schutz der „Industrie“ und der „Landwirtschaft“, d. h. der Schutz der Masse von Junker und Kapitalist Hauptzweck und die Staatseinnahmen aus den Zöllen Lebensfrage. Aber je mehr man sich an diese Verabreichung der Massen zugunsten privater Besitzenden gewöhnte, sie als einen hohen Staatszweck proklamirte und den „erzbornen Nutzen“ rebete, um so schamloser wurde dieses System auch auf die indirekten Steuern ausgedehnt. Die Viebesgabe an die Schnapssteuer, die sich als Resultat einer scham ausgesetzten Kontingierung der

Produktion ergab, war das erste Beispiel. Nachher kamen die Prämien für die Zuckerindustriellen, und nachdem diese fallen mußten, wurde an ihrer Stelle ein weit über die Steuer hinausgehender Zoll auf eine Kontingierung der Produktion durch Steuerbegünstigung der bisherigen Produzenten zu einem dem Staate bargegebenen Mittel, die Masse der Verbraucher über den Steuerfuß hinaus zu belasten. Wurm bedrückt in seiner vorzüglichen Schrift über die Finanzgeschichte des Deutschen Reiches, daß in dieser Weise zu den 1877 Millionen für das Reich noch mehr als 2300 Millionen für private Kapitalisten kommen, alles durch die Vollstrecken in Verbrauchssteuern aufgebracht.

Zur Verteidigung dieser Besteuerung wird oft angeführt, sie treffe nur den Luxus der Massen. Wein, Zigaretten, Schnaps kann man entbehren; wer nicht will, braucht die Steuer nicht zu zahlen, und wo der Luxus zugleich ein volkswirtschaftliches Gut ist, wie bei dem Schnaps, ist eine Steuer, die den Konsum eindämmt, sogar ein Segen. Für den Schnaps ist diese Argumentation hinlänglich; als Produkt des gesellschaftlichen Lebens läßt sein Verbrauch sich durch Besteuerung gar nicht verringern, und nur eine harte moralische Strafe, wie die des sozialdemokratischen Popolts, nur imstande, diese Volkstpein etwas zurückzuführen. Allerdings liegt für andere Luxusartikel, die nicht eine so lebensnotwendige Begierde auslösen, etwas Wahres in der Bemerkung, daß man die Steuer nicht zu bezahlen braucht, wenn man nicht will. Aber in dieser Wahrheit liegt zugleich die schärfste Kritik des ganzen Systems der indirekten Steuern.

Mögen wir die Verbrauchssteuern auch in erster Linie als eine volkswirtschaftliche Besteuerung der armen Volksschichten, als eine Schmäderung des zum Leben eben ausreichenden Lohnes betrachten, so bilden sie durch ihre weiteren Wirkungen auch für die ärmeren Steuerpflichtigen ein bedenkliches, unrationelles, lebensschädliches Steuerhilfsmittel. Denn die Besteuerung, die eine Folge der Besteuerung ist, führt bei Waren, die man einengen müssen können, zur Einschränkung des Verbrauchs, zum Konsumrückgang — ja sogar bei notwendigen Lebensmitteln findet diese Einschränkung statt; feldern das Getreide im Preise immer mehr steigt, sinkt der Verbrauch pro Kopf, essen die Menschen sich also weniger satt. Aber auch bei anderen Waren ist das ein Lebel; denn aus allen diesen sogenannten Luxusartikeln der Arbeiter — wozu der Bourgeois ganz alles außer Schwarzbrot und Kartoffeln rechnen möchte — legen sich die kleinen Arnehmlichkeiten, Bequemlichkeiten, Kultur- und Geistesbedürfnisse zusammen, ohne welche das Leben nichts als eine fremdenlose, öde Kälterei wäre. Und diese werden durch die Besteuerung der Volksschichten immer schwerer zugänglich gemacht.

Aber dadurch sinkt zugleich die Einnahme der Steuer unter den erhofften Betrag herab. Und darin liegt die Lebensgeschichte der nie endenden deutschen „Finanzreform“, wie die jahresmäßigen Steuererlösberechnungen festgestellt werden. Dem Staatssekretär Engel wurden 1906 Steuern zu einem Betrage von 172 Millionen bewilligt; im nächsten Jahre brachten sie nur 112 Millionen ein, das Loch blieb ungefüllt. Der schwarzeblaue Wolf benötigte 500 Millionen neue Steuern — nach den letzten Ergebnissen scheint nicht viel mehr als ein paar hundert Millionen herauszukommen. Das Gleichgewicht zwischen Bedarf und Deckung ist noch immer nicht da; ein neuer Steuererhebung wird nach den Wahlen kommen, darauf können die Wähler sich schon gefast machen! Immer kräftiger wird die Steuerfurchung angelegt, aber dadurch geht immer mehr der Verbrauch zurück und somit einer Schwundung der Finanzen, die mit indirekten Steuern unmöglich zu bewerkstelligen ist, erreicht man nichts anderes, als daß die immer höher besteuerten Waren dem Verbrauch immer mehr gekürzt werden. Das ist der innere Widerspruch des indirekten Steuerwesens.

Und dann kommt schließlich noch als weiteres Lebel die große Arbeitslosigkeit hinzu, die dieser Konsumrückgang in vielen Industrien, namentlich in der Kabalinindustrie gebracht hat. Kamenlosig Glend wird über Tausende von Arbeitern gebracht, ohne daß das Ziel erreicht wird, dem Staat genügende Einnahmen zu liefern. Das sind die Wirkungen der indirekten Steuern; das alles nehmen die bürgerlichen Parteien lieber in Kauf, als daß sie den Mehrwert der Werktagen für die steigenden Ausgaben des Imperialismus in Anspruch nehmen.

### Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 19. Juni 1911.

#### „Nun erst recht nicht!“

Das soll die Lösung der Junker im preussischen Wahlrechtskampfe sein. Unter der Heuchelhaftigen Neue Wahlrechtsagitation in Preußen bemerkt die Deutsche Tageszeitung, es sei nach dem „Mittheilung der Regierung“ in der elafstlohringischen Wahlrechtsfrage von Anfang an erwarren gewesen, daß die Agitation gegen das preussische Wahlrecht wieder mit verstärkter Kraft einsetzen würde. Das sei auch pünktlich eingetroffen. Das Blatt weist darauf hin, daß das Berliner Tageblatt die Reichstagsfraktion des Abgeordnetenhauses aufzufordere, auf baldige Beratung dieses Initiativantrages zur preussischen Wahlrechtsfrage zu dringen, weil auch auf den Anruf in der sozialdemokratischen Presse hin und

fährt dann fort: „Wir glauben kaum, daß die Regierung Lust haben könnte, diesen lebenswichtigen Aufforderungen — Wenden — des preussischen Wahlrechts — Folge zu leisten.“ In der Stellungnahme der vorliegenden Parteien zur elafstlohringischen Wahlrechtsfrage sei eine Bindung für ihre Haltung gegen das preussische Wahlrecht in keiner Weise gegeben. Die Deutsche Tageszeitung ist vielmehr überzeugt, daß nach dem jener höchst bedenkliche demokratisierende Schritt für die Reichsländer erfolgt ist, die volle und unverzügliche Erhaltung der antidemokratischen Gewichte in Preußen erst recht (!) eine unbedingte Staatsnotwendigkeit nicht nur für den führenden Bundesstaat, sondern für das gesamte Reich ist. Höchst bedauerlich bleibt es freilich unter allen Umständen, daß die Regierung selber die Demokratie mit ihrem Wüchsigkeit für die Einführung eines Schlagswort an die Hand gegeben habe, das bei den Massen mit ihrer politischen Unlogik allerdings eine starke Wirkung haben mußte. Unlogisch bleibt es aber darum nicht weniger, daß aus einem demokratischen Jugendstadium in den Reichsländern die Notwendigkeit einer Demokratisierung; sogar noch des größten Bundesstaates gefolgert wurde.

„Diese „Unlogik“ der Massen werden wir gehörig auszunutzen haben, auf das „nun erst recht nicht“ der Junker, wird in gegebener Zeit das „nun erst recht nicht“ des Volkes getrieben werden. Die Preußen kriegen es endlich satt, schlechter als die Elstfänger behandelt zu werden.“

#### Dreiklassen- und Herrenhaus.

Die rheinische Landgemeinderordnung beschlossene das Dreiklassenhaus am Sonntagabend. Von den Rednern verschiedener Parteien wurde hervorgehoben, daß die ganze „Reform“ nur ein Stückwerk sei, das nur die Notwendigkeit einer wirklichen Reform nicht beweise. Dem Zentrum und dem Freisinn wurde die Einführung wenigstens der geheimen Wahl zum Gemeinderat beantragt. Was nämlich, wie im Rheinland, das Zentrum selbst den Terrorismus des nationalfeindlichen Unternehmertums empfinden mußte, da wird es demokratisch und radikal Genetisch forderte Gen. Siech die Demokratisierung des Wahlrechts, wobei es an einer Reorganisation der Reichsversammlung, des Dreiklassenhauses, dieses Klassenhaus zu befürworten. Genetisch nicht fehlen ließ. Inner Rechner forderte auch die vom sog. Herrenhaushaus getriebene und von der Abgeordnetenhauskommission nur teilweise wieder hergestellte Öffentlichkeit der Gemeinderatsversammlungen und er wandte sich mit Recht gegen einen freizeittigen Antrag, der vom Frauenwahlrecht spricht, aber nur das „D a m e n a h r e c h t“ will.

Zur Abmilderung über das Wahlrecht kam es noch nicht, da sich bei einem Sammelgespräch die Beschlußfähigkeit des Hauses heraufstellte. Montag geht die Beratung weiter. Die Konföderation haben am Sonntag eine Interpellation eingebracht, in der sie die Staatsregierung fragen, was sie tun wolle, um die Gefahr der Verschärfung der Maul- und Klauenseuche durch die Wanderer zu beseitigen.

Das sogenannte Herrenhaus beriet in einer langen Sitzung über das Grobprellener Zweidreiergesetz. Es kam zu einem ganz interessanten Redebell zwischen den Oberbürgermeistern von Berlin und Charlottenburg, den Herren Reichner und Schützebusch, wobei dieser nicht unterließ, dem über die Behandlung Berlins in der Eingemeinderungsfrage klagenden Berliner Kollegen Kritik vorzubringen, wie Berlin immer nur die Vororte der Weichen haben. Ich aber die Arbeiterklasse des Nordens und Ostens Betrug vom Leber halten mochte. Der Minister des Inneren machte natürlich, was eine Mitteilung der Selbstverwaltung nicht beabsichtigt sei. Es konnte aber die Vermutung nicht entkräften, daß der Zweidreier verhandelt nur das erste Stadium einer Provinz West-Berlin sein sei, in der natürlich nur ernannte Beamten den Willen der Regierung und der Stone auszuführen haben werden.

#### Politisches von der Justiz.

In Breslau hat der berüchtigte Erpressungsparagraph wieder einmal eine aufsehenerregende Rolle gegen organisierte Arbeiter gespielt. Angeklagt waren vier Stulleute, die als Mitglieder einer Kommission mit der hiesigen Firma Simlinger u. Wobbe wegen Zurückdränge einer Arbeitsregelung verhandelt hatten. Als die Firma sich nicht dazu fassen wollte, den gewöhnlichen Kollegen wieder einzustellen, soll die Kommission dem Unternehmer Simlinger gegenüber erklärt haben, daß sich die übrigen Arbeiter der Firma mit dem Gemehrgebeten solidarisch erklären und die Arbeit niederlegen würden. Darin sah das Gericht „Erpressung“ und verurteilte drei der Angeklagten zu Gefängnisstrafen von zwei Monaten, sechs Wochen und vier Wochen.

Die das Gericht zu einem solchen Urteil gekommen ist, ließ die Vernehmung des Landgerichtsdirektors Janke erkennen, der folgendes erklärte: Die Nichtstellung der organisierten Arbeiterkraft wird vielfach dazu ausgenutzt, die Freiheit der Mitbürger zu beschränken. So könne bei den kleinen Handels- und Gewerbebetrieuren von einem freien Wahreht keine Rede mehr sein, weil solche Leute, die gegen den Willen der sozialdemokratischen Arbeiterkraft wählen, von dieser boykottiert werden. Aber freie Wille werde dadurch gebrochen, der Wahreht in einen Staat der Willkür verdammt. Ein solches Vorgehen muß als ge-



Laurial bez. Oberst und damit einen strategischen Punkt gewonnen, der Ost- und West- und Seebahn beherrscht.

### Portugal.

#### Die Festigung der Republik.

Die konstituierende Versammlung wird am 19. Juni die Republik proklamieren. Inmitten der darauf wird ein Gesetz veröffentlicht werden, in dem die Dynastie Braganza des Landes verwiesen erklärt wird. Am 20. Juni wird durch den Ministerpräsidenten eine Rundschreibung der provisorischen Regierung verlesen werden, in der die bisherige Tätigkeit der Minister zusammenfassend dargestellt wird, die die Republik begründeten, und der Trauer um die, die für sie starben. Das weitere wird darin angedeutet werden, dass die Stadt Lissabon für die Hilfe, die sie den Revolutionären geleistet, und dem Lande für den einmütigen Beitritt zur neuen Regierungsform.

### Aus der Partei.

#### Die „regierungsfähige“ Sozialdemokratie.

Das offizielle Blatt des Reichstages, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, kommt noch einmal auf die Mitwirkung der Sozialdemokraten bei der Erzielung der reichsständischen Verfassungsreform zurück. Das Kancelerblatt führt aus, hier und da fände man die Behauptungen ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie durch den Hinweis zu bekräftigen, daß die Partei durch ihre Mitwirkung an der elsaf-lohringischen Verfassungsreform regierungsfähig geworden sei, was sich auch bei der Beratung dieses Gesetzes im Reichstage in der Haltung von Regierungsvertretern gegen einzelne sozialdemokratische Abgeordnete befand habe. Gegen die Illusion, als ob die Sozialdemokratie ihren staatsfeindlichen Charakter abgelegt habe, sollte, meint die Norddeutsche Allgemeine, schon ein Blick in die sozialdemokratische Presse schärfen. Natürlich sei auch durch jene Haltung von Regierungsvertretern nicht die geringste Aenderung in dem Verhältnis zwischen Staat und Sozialdemokratie eingetreten. Die in Betracht kommenden Vorgänge bei den Verhandlungen um die elsaf-lohringische Reform lägen klar zugrunde. Die konfessionelle Partei hätte insoweit ihre grundsätzliche ablehnenden Standpunkte ihre Mitarbeit verweigert, die sozialdemokratische dagegen zu erkennen gegeben, daß sie mit den übrigen Fraktionen von der Deutschen Reichspartei bis zu den Freisinnigen den Hauptbestimmungen des Verfassungsentwurfs zustimmen werde. „Wenn also die sozialdemokratische Fraktion an einer Verfassungsgebung teilnehmen wollte, die entgegen ihren programmatischen Forderungen die Kaiser Gewalt stärkt, ein Oberhaus einführt, das Budgetrecht gegen parlamentarische Maßregeln sichert, so war es natürlich, billig und zweckmäßig, daß zu der Besprechung, die ein neues entscheidendes Ergebnis einer notwendigen Beratung in der Kommission vorbereiten sollte, auch Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion zugezogen wurden, und daß auch diesen gegenüber der Staatssekretär des Innern den Standpunkt der Regierung in Einzelfragen darlegte.“

Dieser Hohn des Kancelerblattes wird nicht erwidert, daß die Regierung ganz genau wußte, daß durch die Verlesung die Kaiser Gewalt gestärkt wurde — und zweitens bekräftigt er, daß ein Abweichen einer Partei von ihren bisherigen Grundgrundsätzen immer zu einer Diskreditierung der Partei ausgenutzt wird.

Wir haben von allem Anfang an die sachlich schärfsten Form der Zustimmung unserer Fraktion zur elsaf-lohringischen Verfassung widerprochen und haben an mehreren Standpunkten nichts zu erwidern. Nachdem aber die Tatsache der Absperrung vorliegt, ist es unsere Pflicht, nun mit aller Kraft zu versuchen, das elsaf-lohringische Wahldesert gegen das preußische auszuspielen. Jedoch ebenso dringend notwendig erscheint es, aus dem ganzen Falle zu lernen und ihn nach allen Konsequenzen zu untersuchen und die Folgerungen für die weitere Taktik zu ziehen. Wir haben nicht von der Hand in den Mund, sondern bauen für die Zukunft. Deshalb bleibt die Richtschnur: Ausprechen, was ist!

#### Idyllisches aus dem Süden.

Die Mannheim'sche Volksstimme meldet an der Spitze ihrer Parteinarbeiten augenscheinlich sehr erfreut: Aus Karlsruhe berichtet die Oberb. Korz.: Der Verein Karlsruhe Presse (Journalisten und Schriftstellerverein) hielt am Mittwoch eine kleine Abschiedsfeier für den von seiner Partei nach Freiburg berufenen bisherigen Redakteur des Volksfreunds, Herrn Weichmann (früher in Halle), ab. Das sah vollstellige Erheben der Mitglieder war der beste Beweis dafür, daß es der Scheidende trotz aller Gegenstände der Anschauungen verstanden hat, sich weitgehende persönliche Sympathien zu erwerben. Mit diesen idyllisch-gemüthlichen Zuständen vergleiche man einmal die Gegenstände in Preußen. Man stelle sich vor, in Halle a. S. sollten wir mit den Verleumdern der Arbeiterbewegung aus der Halle'schen und Saale-Zeitung in einem „Verein“ sitzen und die Verschiedenheiten bei Bier und Gesang rührend „Waldes leben“, wenn einer von uns — ins Gefängnis ginge. Natürlich ist es im Interesse zeitlicher Scheidung zu begründen, daß es hier nicht so ist wie dorten im Süden, denn der uns aufgeworfene Kampfschrei wird nun einmal am besten unverschieden und in voller Schärfe klar durchgeführt.

#### „Gottesdienst“

solle Genosse Geise als verantwortlicher Redakteur des Stettiner Volksboten eingetragenen haben, aber er einer Notiz, die andere Mütter straflos gebracht haben. Aufschneide genährte, die sich gegen den Advenstbericht eines Geistes in Groß-Preußen in Westenburg richtete, worin mit charakteristischer Schwärze gesprochen wurde. In den Schlußsätzen dieser Notiz war gesagt, daß Gott doch auch seinen eigenen Sohn „unerschuldigt“ in die Welt geschickt habe, eine Behauptung, die sich bedingt mit der Darstellung im Evangelium Matth. 1. Kapitel 1. Vers 18 und 19. Das Konfessorium stellte Strafantrag. Am 24. März sprach die Staatsanwaltschaft um Abgabe eines Beuges, der an der Notiz auf „A. S. G. E. N. I. S.“ genommen habe und als bis

zum 26. April ein solcher nicht benannt werden konnte, wurde dem Konfessorium mitgeteilt, daß in Ermangelung dieses Beuges das Verfahren eingestellt sei. Endlich, am 1. Mai, hatte das Konfessorium in dem Stettiner Pastor Parnow denjenigen gefunden, welcher das verdächtigste Aergernis genannt hatte, und das Verfahren wurde erneut weitergeführt. Als in der Verhandlung am verflochten Freitag der Unterzeichner des Strafantrages, Oberkonsistorialrat Stübgen, nach den Gründen der anfälligen Verögerung dieser Gegenbenennung gefragt wurde, verhielt er sich hinter der Aeußerung, daß er nicht die amtliche Ermächtigung zu einer Aussage über den in einem Geschäftsbetrieb des Konfessoriums habe. Eine ähnliche Sache vor der Justiz behandelte Pastor Parnow, als er nach dem Inhalt der angeführten Evangelienverse gefragt wurde. Er verneinte ohne Angabe von Gründen die Aussage und das Gericht verurteilte ihn, ihm zu Hilfe zu kommen, indem es die Frage als unerschöpflich ablehnte. Der Angeklagte und sein Verteidiger übten an der Anklage scharfe Kritik und plädierten auf Freisprechung, und selbst der Staatsanwalt erklärte, daß er nur sehr ungern die Anklage erhoben habe, denn durch sie werde der Kirche nicht gedient. Wenn man sich nicht über eine solche Vermerkung geäußert habe, so sei es doch besser, duldsamer hinzuzusehen. Das Alles gegen unseren Genossen lautete trotzdem auf eine Woche Gefängnis!

### Verband der Krankenkassen im Bezirk der Landes-Vericherungsanstalt Gachlen-Anhalt.

Aktienbesitzer, den 18. Juni 1911.

Am großen Ende des hiesigen Verkaufsaufbaues begann am Sonntag, den 18. Juni, die 2. Tagung, die 11. Uhr durch den Vorsitzenden des Verbandes, Genossen Brand-Magdeburg, eröffnet. Derselbe wies zunächst darauf hin, daß die Delegierten voriges Jahr in Stendal das Selbstinsolvenz hatten, bezüglich der einmütigen Entscheidung gegen die Reichsversicherungsordnung, welche die Arbeit zu liefern. Der Erfolg sei leider ausbleiben. Aufgabe der Krankenkassen muß es nunmehr sein, eventuelle Schäden, die nach Annahme der Reichsversicherungsordnung sich zeigen, zu mildern. Somit übernahmen die Anwesenden wiederum die Verpflichtung, auch in Zukunft unter dem neuen Gesetz alles heranzutreiben, was den Versicherungen zum Besten gereichen kann. Zum Schluß wies Redner darauf aufmerksam, daß der Regierungsvorstand wegen Beizumangels der Einladung nicht hätte folgen können. Die Landes-Vericherungsanstalt hat auf die Einladung nicht geantwortet. Aus Aktiven waren der Einladung gefolgt: der Bürgermeister Dr. Wande, einzelne Stadtverordnete, darunter deren Rostfischer, Sommerer, Westforn. Diese Aktive, sowie die amnestierten Vertreter der Arbeitersekretariate, heißt der Vorsitzende neben den Delegierten willkommen.

Nachdem hielten kurze Begrüßungsansprachen die Herren Bürgermeister Dr. Wande sowie der Vorsitzende der Allgemeinen Ortskrankenkasse Lütke über Aktiven. Die reichhaltige Tagesordnung sieht u. a. Referate des Arbeiterssekretärs Kreis-Halle a. S. über die Stellung der Krankenkassen nach Annahme der Reichsversicherungsordnung, des Arbeiterssekretärs Kreis-Berlin über Sporkel und Krankenkassen, den Arbeitersekretär in Halle a. S. sowie über praktische Verwaltungsfragen (Referent: Rentner Müller-Magdeburg) vor.

Aus dem gedruckt vorliegenden Jahresbericht entnehmen wir u. a. folgendes: Der Kampf um die Aenderung der Arbeiterversicherung hat noch einmal das Gesichtsfeld unserer wie aller Krankenkassenvereinigungen beherrscht. Der Appell auf der vorjährigen Tagung in Stendal veranlaßte eine Anzahl Klassen, die bis dahin zu dem Entwurf einer Reichsversicherung noch nicht Stellung genommen hatten, dies nachzugeben. Reichsregierung und Reichstag wurden nicht im Zweifel gelassen, daß die Arbeiter in allen Klassen, ebenso die Arbeitgeber besonders in den Ortskrankenkassen, den Entwurf, jenseit der Krankensicherung betraf, enthielten bemerkten, daß sie solche Reform nicht als einen Fortschritt, sondern als gefährlichen Rückschritt ansehen, der das bisherige soziale Gebäude, welches der Volksgemeinschaft errichtet ist, in seinen Grundfesten erschüttern würde. Nachdem der Vorstand an einen Briefkasten den Kassenvorständen Mitteilung von der Notwendigkeit dieser Protestbewegung gemacht und sie zur energischen Unterstützung aufgerufen hatte, war zu verzeichnen, daß in der Zeit vom 18. bis 29. April im Bezirke des Verbandes 47 Versammlungen abgehalten werden konnten. Zu einer mächtigen Kundgebung habe sich namentlich die Versammlung in Magdeburg gehalten. Trotzdem zu derselben das größte Lokal, der Zirkus, gemietet worden war, mußte die Versammlung lange vor Beginn eingeleitet werden.

Am Schluß hielten wir den Aergertreue in Halle Saale mit dem Hinweis eingegangen, daß dieser große Kampf nicht nur ein begehrendes Licht auf die Tätigkeit der Verzeugsorganisation werfe, sondern auch abnen lasse, wie die Behörden mit den Kassen nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung eventuell umspringen werden. Da die Ursache des Streites, sein Verlauf und das Eingreifen der Behörden als allgemein bekannt vorausgesetzt werden — wir haben darüber mehrfach berichtet — so soll auf diesen Fall, der im gedruckten Jahresbericht ausführlich behandelt wird, weiter nicht eingegangen werden. Erwähnt wird dann noch ein anderer Streit in Naumburg a. S. zwischen den dortigen Krankenkassen auf deren Seite auch der Magistrat und der Regierungsvorstand stand — und der Stadtverordnetenmehrheit. Das dortige Krankenhausentwurf nämlich und in seinen Einrichtungen auch nicht annähernd mehr den Ansprüchen, welche an ein solches Institut zu stellen sind. Trotzdem lehnte die Stadtverordneten-Versammlung die Vorlage ab und wurde erst durch die Regierung zur Aenderung ihres Beschlusses und zur Beschleunigung des Neubaus gezwungen werden.

Zum Schluß geht der Bericht noch auf den letzten Verwaltungsbericht der Landesversicherungsanstalt Gachlen-Anhalt ein und streift dann die Mitteldeutsche Bewegung. Derselbe zeige einen Zugang von drei Klassen, nämlich der gemeinschaftlichen Ortskrankenkassen für den Kreis Wittenberg, die Ortskrankenkassen der Schandauer und Wittenmader und die Metall- und Feuerarbeiter, beide in Stendal. Die Zahl der Kassen ist damit auf 100 gestiegen. Der Verband sieht jetzt auf ein schon längeres Bestehen zurück. Während dieser Zeit ist in manche wichtige Arrangements, so manche Belebung erfolgt, ebenso das Interesse für die Krankenkassen in hohem Maße gewakt worden. Das soll auch weiter so gelassen.

Der Kassensbericht balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 1940,98 M. der augenblickliche Stoffbestand betragt 983,48 M. Der Verbandsrat war von 76 Klassen durch 151 Delegierte vertreten. Davon waren 88 Arbeitnehmer, 27 Arbeitgeber und 31 Kasseneame. Außerdem war der Verbandsvorstand durch vier und der Krankenkassenverband durch Halle a. S. durch ein Mitglied vertreten. (Schluß folgt.)

### Gewerkschaftliches.

#### Der internationale Seemannsstreik.

Neben dem Stand der Bewegung in England wird uns aus London geschrieben: Die Streikbewegung der englischen Seeleute hat bisher eine Reihe überraschender Ergebnisse zu verzeichnen, und der hochbedeutsame Ton der Seemannen des Nordseegebietes beginnt einen jäherlichen Gewaltsamer Platz zu machen. Der Streik hat sich fast seiner Vervollständigung und Souveränität und Liverpool ein einflussreicher Seemannsbezirk und central hat jetzt außer diesen Seemannen aus London, Barn, Belfast, Bristol, Cardiff, Dublin, Glasgow, Grimsby, Hull, Keith, Manchester, Newcastle, Newport, Northampton, South Shields, Sunderland, Swansea, West-Portsmouth und andere nordöstliche Hafenstädte. Die Arbeiter konzentrieren ihre Kräfte gegenwärtig auf die Eringung einer allgemeinen Lohnreduzierung und haben ihre anderen Forderungen für den Augenblick in den Hintergrund treten lassen. Eine ganze Anzahl von segelfähigen Schiffen hat sich genötigt gesehen, die Forderungen der Matrosen sofort zu bewilligen. Wo die Unternehmer Widerstand leisteten, da konnten die Seeleute am Ende als Sieger aus der Bewegung hervorgehen. In einigen Stellen hat man die Matrosen in Seemannsvereinigungen eingegliedert, die äußerst gefährliches Ziel, das die englischen Seeleute erstreben und, wenn es fortgesetzt wird, verhängnisvollen Konsequenzen führen muß.

In London breitet sich der Streik in dem Maße aus wie die Dampfer einlaufen und ihre Mannschaften mit den hier befindlichen Seeleuten in Verbindung kommen. Die großen Maschinenvereinigungen bezeugen die einmütige Kampfeslust der Matrosen. Drei Schiffe haben die Lohnforderungen bereits bewilligt und 11 andere Schiffe, die sie verweigern, müssen im Hafen liegen bleiben. Ein Teil der Londoner Doder hat die Bewegung bereits abgeschlossen. In Liverpool haben die Seeleute ebenfalls bemerkenswerte Erfolge erzielt. Die Canadian Pacific-Gesellschaft hat sich gezwungen gesehen, nicht nur die ursprünglich geforderte Lohnreduzierung von monatlich 10 Schillingen, sondern noch weitere 5 Schilling zu bewilligen. Genoa hat die höchste Star-Lohn für die Forderungen bewilligen müssen. Die Organisationen der Liverpooler Doder und Fuhrleute haben eine Konferenz anberaumt, um zu entscheiden, in welcher Weise sie den Streik unterstützen sollen. Auch die Doderorganisation will den kämpfenden Seeleuten beistehen und eventuell die Verpressierung der Schiffe verhindern. In Southampton nicht fast der ganze Hafenverkehr still. Die Dampfer der White Star Line, der American Line, der Union Castle Line und der Royal Mail-Gesellschaft können nicht vom Fleck. Da von heute bis Montag noch eine ganze Anzahl anderer großer Dampfer im Hafen einlaufen, wird die Situation dort wahrscheinlich sehr bald auf die Spitze getrieben sein. In Glasgow breitet sich die Bewegung ebenfalls sehr schnell aus. Die Hilfensicherheitsgesellschaften haben den Matrosen Angehörigen gemacht, dagegen sind mehrere nach Hamburg und Altona bestimmte Dampfer an der Abfahrt verhindert worden. Auch einige Ozeandampfer können nicht vom Fleck. Hier kam es auch zu einem Konflikt zwischen den Streikenden und der Polizei. Ganz ähnlich sind die Berichte auch aus den anderen Häfen. Überall muß sich die Lage in den nächsten Tagen verschärfen und auf eine Entscheidung hinführen. Sehr viel hängt davon ab, ob die Doderarbeiter, die ja selber genug Grund zur Klage haben, zur Teilnahme am Kampfe zu bewegen sind werden. Der Seemannsverband macht die allergrößten Anstrengungen, womöglich alle Häfen mit Streikbrechern zu versorgen. Soweit bis hierher übersehen läßt, haben sich alle Drohungen des Seemannsverbandes als erste Abnommen zu erweisen. Von Streikbrechern ist an diesen Stellen nichts zu merken, und wo sie aufzutreten haben sie sich unbedenklich gehandelt entpuppt, die den Schiffen und ihren Passagieren nur Unannehmlichkeit und Gefahr brachten. In South Shields sind vier Seeleute, die schon vorher gemüthert hatten und jetzt eine Lohnreduzierung forderten, wegen Streikbruchs verhaftet worden, und der Polizeichef soll das Urteil gefällt haben, daß sie an Bord zurückzubringen seien! Mit solchen Gewaltmitteln wird man wohl am allerwenigsten ausrichten können.

Was auch der meiste Verlauf des Kampfes bringen möge, so ist schon jetzt sicher, daß es für die Arbeiter von unberechenbarem bauenden Nutzen sein wird. Noch niemals haben die englischen Seeleute, eine der Organisationsarbeit naturgemäß schwer zugängliche Arbeiterklasse, so viele Energie und Kampfesmut gezeigt, wie jetzt. Die Arbeiter, die ja ganze Untermenschen sind geradezu perplex; sie sehen sich von dem Seemannsverbande, der sie mit seinen hochbedeutsamen Redensarten in Sicherheit gewiegt, betrogen. Es ist die beste Aussicht vorhanden, daß dieser Kampf die feste Grundlage zu einer mächtigen Seemannsorganisation geben wird.

In New York fordern die Seier 40 Dollar pro Monat, die Zimmer 30 Dollar 76 Cent pro Tag für Verpflegung, Bewilligung der genossenschaftlichen Annulierung und Bewilligung der Organisation. Gewöhnlich wird hier noch werden, daß die Seemannsarbeiter und Fuhrleute in New York und Boston eine sogenannte Waterfront Reformation bitten wollen, deren erste Aufgabe sein soll, im Dezember vorigen Jahres gehalten, aber wieder zurückgezogenen Forderungen nun einzutreten. Die Organisierung der Hafenarbeiter hat in der letzten Zeit an der atlantischen Küste gute Fortschritte gemacht.

Von Amsterdam sollen Agenten nach Deutschland unterwegs sein, um die berüchtigten „Siebenmonatsfinder“ zu sammeln und über die holländische Grenze zu exportieren. Die holländische Regierung kann über diesen Zuwachs angenehmer Staatsbürger sehr erfreut sein. Die deutschen Arbeiter mögen den Streikbrecherlieferanten derb auf die Finger sehen!

#### Post-Abonnenten!

Um Verbesserungen in der Zustellung des Volksblatts zu bewirken, werden die Post-Abonnenten gebeten, schon jetzt ihre Abonnements zu erneuern. Der Verlag des Volksblatts.

Verantwortlich für Zeitungs-, Politische Uebersicht, Parteinarbeiten Paul E. Hennig, für Ausland, Gemeinlichkeits-, Realitäten und Vermögenssachen Karl Bod. Volkes Wilhelm Stenzen, Provinziales und Verfallungsberichte Gottl. Haspeler, sämtlich in Halle.

Advertisement for Kuteke medicine. Text: Beschwerte gesunde und magen-darmkranke Kinder. Nahrung für: schwache Kinder. In der Entwicklung zurückgebliebene Kinder. Kuteke



## Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe.

Ueber den bei der Firma August Scherl (Vollanleger, Tag u. w.) in Berlin ausgebrochenen Konflikt, über den wir in der Sonntagsnummer unter dem Schlagwort bereits kurz berichtet haben, wird uns noch aus Berlin geschrieben: Die Firma Scherl hat nach langem Streit um die Regelung der Arbeitszeit zwei Vertrauensleute ihrer Maschinenmeister entlassen, die Maschinenmeister erklärten sich mit dem Bemerkungen solidarisch und stellten die Arbeit ein. Nun wollte Scherl — auf Grund gegenseitiger Abmachungen, die bei dieser Gelegenheit ins Tageslicht kamen — seine Mäster, Tag, Vollanleger und Abendzeitung, bei den Firmen Illstein u. S. und Rudolf Hoff, drucken lassen, deren Maschinenpersonal jedoch die ihm angetragene Arbeit als Streikarbeit verweigerte. Und nun geschah etwas sehr Merkwürdiges: obwohl weder bei Illstein noch bei Hoff ein Mensch daran gedacht hatte, die regelmäßige Arbeit im Dienste dieser Firmen zu verweigern, erklärten sich die beiden mit Scherl solidarisch, sie ließen am Sonnabend alle Morgenblätter überhaupt nicht erscheinen und gaben Sonnabend abend sowie Sonntag früh ihre Zeitungen nur in dem erheblich verkleinerten Umfange heraus, in dem jetzt auch wieder die Scherl'schen Blätter erscheinen konnten.

Kompliziert wird dieser eigenartige Zwischenfall durch den Umstand, daß die Firma Scherl in ihrem Verhalten durch das Tarifamt gebot wird, so daß sie selber als tariflos, das streikende Maschinenpersonal aber als tarifbündig erscheint. Sowohl bei der Regelung der Arbeitszeit, die Anlaß zu dem Konflikt gab, wie auch bei der Entlassung der beiden Meister handelte die Firma entsprechend den Sprüchen der Tarifinflation, die auch die Arbeiter laut Tarifvertrag als bindend hätten anerkennen müssen. Es läßt sich also leider nicht leugnen, daß sich die Maschinenmeister von Scherl, als sie die Arbeit niederklegten, formell im Unrecht befanden. Eine andere Frage aber ist, ob das Verhalten von Scherl und die Sprüche des Tarifamts sachlich begründet war.

Der gesellschaftliche Disziplinbruch der in Anspruch getretenen Scherl'schen Notationsmaschinenmeister wird vom Berliner Gewerkschaftsbund des Buchdruckerbundes nicht nur ausgegeben, sondern auch öffentlich verurteilt. Auf der anderen Seite hat die Firma Scherl, als sie für Weihnachten vorigen Jahres ihren Maschinenmeister entließ, von den in dem Vertriebsverleihen aber Lebensstunden verlangte, durch ihr analoges Verhalten den ganzen Konflikt erst heraufbeschworen. Das Tarifamt aber hat, von rein formalrechtlichen Gesichtspunkten ausgehend, fast beruhigend und verführend zu wirken. Bei uns freier, gewogen, als es durch ein Urteil vom 9. Juni die beiden jetzt entlassenen Vertrauensleute als für ihr Amt nicht qualifiziert verurteilte und ihr Verbleiben im Betriebe für „einem friedlichen Arbeitsverhältnis im Weg stehen“ erklärte. So wenig ein Anlaß vorliegt, wegen dieses verzeigten Vorwurfs über die ganze Institution der Tarifverträge den Stab zu brechen, so läßt sich doch nicht verkennen, daß in diesem einzelnen Fall das Tarifamt kommen, wo den Arbeitern noch den Unternehmern gehalten hat, was sie sich von ihm versprochen. Ob daran das Tarifamt selbst schuld ist, oder ob es in diesem Streitfall Beteiligten die Verantwortung trug, ist nicht sicher, daß es ungerührt die Schuld einsam und allein den wenigen tarifbündigen Arbeitnehmern aufzuladen.

Da die Scherl'sche die Gelegenheit benützen, um gegen die Tarifverträge Sturm zu laufen, wird die Diskussion über diese Seite des Konflikts wohl nicht sobald verstummen und es wird sich noch Gelegenheit genug ergeben, auf sie zurückzukommen.

Der Konflikt bietet aber auch in mancher anderen Beziehung viel Interessantes, vor allem schon durch die tief einschneidende Wirkung, die er auf das Leben der Reichshauptstadt ausübte. Ein und eine Viertel Million Zeitungsläser trübten am Sonnabend früh ihre Morgenblätter und erlitten an dessen Stelle nur ein dürftiges Flugsblatt, welches ihnen die vorläufige Einstellung des Erscheinens ihrer Zeitung antunigte. Für Paris, wo man alle vierzehn Tage ein Ständchen Generalstreik erlebt, wäre ein solcher Vorfall eben nichts Außergewöhnliches, er war es aber für Berlin, wo man fast Menschenkenntnis ähnliches nicht erlebt hat. Der Gedanke, daß von einer Handvoll streikender Arbeiter eine solche Massenwirkung ausgehen konnte, mußte geradezu verstümmeln. Der große Straßenbahnstreik und der feinerzeit mislungene Richtstreik der Elektrifizierungsarbeiter sind halb vergessen, an eine Streikführung im Zeitungsbetrieb dachte wegen der hier bestehenden tatsächlichen Einrichtungen kein Mensch. Das allgemeine Erstaunen war also nicht gering, und wenn dabei bürgerlichen Kreisen die Bedeutung der Lohnarbeiter als Produktionskräfte wieder etwas stärker zu Bewußtsein gekommen sein sollte, so wird man doch als eine müßige Nebenwirkung der an sich recht unverständlichen Affäre betrachten dürfen.

Aber noch etwas anderes wachte Erstaunen: die bei dieser Gelegenheit hervortretende vollkommene Solidarität der drei Riesenfirmen des Berliner Zeitungsgewerbes, Hoff, Illstein und Scherl. Man sieht hier einen Zeugnissatz in der Vergangenheit, der etwas Gigantisches hat und dessen Gehalten nicht verkannt werden dürfen.

Das gesellschaftliche Abwachen verschiedener Art zwischen den drei Großfirmen besteht, war schon lange bekannt. Es besteht ein Abkommen, durch welches die Firmen sich verpflichten, einander nicht die Angestellten durch höhere Gehaltsangebote wegzuziehen. (Ein ähnliches Abkommen bezüglich ihrer Angestellten besteht zwischen den D.-Werten und vor seinerzeit von dem jetzigen Geschäftsführer von Illstein Herrn Georg Bernhardt mit reichlichem Aufwand von Enttäuschung verurteilt wurde.) Ein anderes Abkommen, das erst kürzlich geschlossen wurde, regelt die Anferntvermittlung im Interesse der beteiligten Firmen. Das aber eine Abmachung besteht, durch die sich die drei Firmen auch ihren Arbeitern gegenüber solidarisch erklären, war bisher nicht bekannt. Und doch muß eine solche sehr weitgehende Abmachung bestehen, denn sonst wäre es ein Rätsel, warum auch Hoff und Woffe ihre Blätter zeitweise gar nicht erscheinen in fast verkleinertem Umfang erscheinen lassen. Wie gesagt, lag dazu in den Betrieben selbst nicht der allermindeste Grund vor, keinem Maschinenmeister, von Scherl und Streikverweigerern ganz zu schweigen, ist es eingefallen, die Arbeit für die eigene Firma zu verweigern.

bloß die „Streikarbeit“ wurde abgelehnt. Und wenn diese Streikarbeit nach tarifmäßiger Auffassung auch keine war, weil eine Verweigerung zum Streik bei Scherl nicht vorlag, so wird doch jeder Arbeiter, sollte aber auch jeder sozial empfindende Mensch das Verhalten der Maschinenmeister menschlich begreifen müssen, denen es gegen das Gefühl ging, ihren vom Tarifamt verurteilten Kollegen in den Rücken zu fallen.

Für die Firmen Illstein und Woffe, die ihr eigenes soziales Gewissen nicht genug rühren können, lag kein Anlaß vor, mit ihrem Personal in Konflikt zu geraten, wenn sie nicht durch ein sehr weitgehendes Gehaltentkommen mit Scherl gebunden waren. Und da nicht anzunehmen ist, daß sie aus bloßen Schamfächerübermut handeln, muß der Bestand eines solchen Abkommens als sicher angenommen werden. Dadurch fällt auf die Zustände im Berliner Zeitungsgewerbe ein neues bezeichnendes Licht.

Die Macht der drei großen Zeitungverlage Hoff, Woffe und Scherl, die mehr als eine Million deutscher Zeitungsläser mit täglicher geistiger Nahrung versorgen, ist ohnehin schon außerordentlich groß. Sie muß noch gewaltig steigen, wenn sich diese Firmen häufiger und gegenüber den Angestellten, den Arbeitern, den Anferntern, schließlich auch den Abkommen zu einem großartigen Ganzen vereinigen. Angeht es einer solchen großkapitalistischen Vereinigungserkennt man erst ganz den Gegen einer sozialdemokratischen Arbeiterpresse, die nicht entgegen dem Kapitalisten untergeordnet, sondern demokratisch gleichberechtigter Arbeiterorganisationen und nur diesen allein verantwortlich ist. Nur die Arbeiterklasse mit ihrer Presse kann die öffentliche Meinung schärfen vor dem drohenden Absolutismus des Geldkapitals!

Die Scherl's, Hoff's und Illstein'sblätter sind am Sonntag morgen noch nicht wieder in ihrem alten Umfang erschienen. Der Konflikt der Maschinenmeister ist noch nicht beigelegt. Die Ausständigen haben ein Flugblatt verbreitet, das ihren Standpunkt verteidigt. Die Verhandlung hat auf das Flugblatt eine neue Erklärung erlassen, in der das Verhalten der Maschinenmeister kritisiert wird.

Das Personal der drei Firmen hielt Sonnabend abend eine Versammlung, aus der hervorgieng, daß die Firma Hoff erklärt habe, bei ihr solle keine Streikarbeit mehr hergestellt werden, worauf beschlossen wurde, die Arbeit bei Hoff und Illstein am Sonnabend abend wieder aufzunehmen. Im übrigen wird Sonntag mittag in einer Versammlung in der Neuen Welt, einem der größten Lokale Berlins, weiter über die Frage verhandelt werden.

## 8. Internationaler Zerstörerarbeiter-Kongress.

Kr. Amsterdam, 15. Juni 1911.

### Vierter Verhandlungstag.

Die Verhandlung beginnt mit der Beratung einer Resolution der Engländer, die verlangt, daß der Kongress die Notwendigkeit anerkenne, die Zahl der Fabrikinspektoren derart zu erhöhen, daß die Vorschriften auf Revision der Fabriken in den einzelnen Ländern durchgeführt werden können. Diese Fabrikinspektoren sollen aus der Arbeiterklasse entnommen werden. — Von der belgischen Delegation wird beantragt, daß die Gewerbeinspektion auf die Heimindustrie ausgedehnt wird und daß männliche und weibliche Inspektoren der Arbeiterklasse entnommen und von der Arbeiterschaft selbst gewählt werden.

Der Sekretär Groß-England gab der Resolution eine Begründung, aus der hervorgieng, daß die englischen Arbeiter trotz ihrer älteren, härteren und anders gerichteten Arbeiterbewegung unter demselben Mangel an sozialen Schutz für Leben und Gesundheit in den Betrieben leiden wie die Arbeiter des Kontinents. Es fehlt an durchgreifenden gesetzlichen Zwangsbestimmungen für die Unternehmer, an der genügenden Anzahl Betriebskontrolleure, um wenigstens die Innehaltung der bestehenden spärlichen Gesetzesvorschriften von den Unternehmern zu erzwingen, es fehlt vor allem an der sachlich beruflichen Schulung dieser Beamten, da sie genau wie bei uns aus den Reihen der bürgerlichen Kreise, anstatt aus den Reihen der Arbeiter, genommen werden. Die gegenwärtigen rechtlichen, englischen Arbeiter, die nach der Bekämpfung ihrer bürgerlichen und christlichen Sozialpolitik keine „perfekten, unerfüllbaren“ Forderungen aufstellen, sind deshalb zu genau denselben Forderungen wie die „sozialdemokratisch verheereten“ deutschen Arbeiter gekommen.

Nach dem englischen Redner gezeichnete Sarrons-Belgien ein Bild der standstilligen Zustände in den belgischen Textilfabriken. Belgien ist in Bezug auf seine Fabrikverhältnisse eines der verkommensten und rückständigsten Länder. In den Textilfabriken herrscht der schamloseste Mangel an der weiblichen Arbeiterschaft. Die Sterblichkeit der Arbeiterinnen genaugenommen gewisser Distanz 2 Prozent. In der Maschinenfabrikation werden neben anderen giftigen Stoffen große Mengen Nitrobenzol bei der Herstellung des Produktes verwendet, das verteilt selbstvergiftend zum Genut des Nitrobenzols; aber auch, ohne daß der Alkohol direkt getrunken wird, benehelt der aufsteigende Dampf die Arbeiter, so daß als Resultat allabendliche Krämpfe in der betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen an der Tagesordnung ist. In anderen Fabriken und Distanzen herrscht noch die elfstündige Arbeitszeit, dazu müssen die betreffenden Arbeiter oft stundenweise Wege zurücklegen.

Der von der belgischen Delegation beantragte Zusatz wurde von Köbel-Flauen begründet und besonders der englischen Delegation vor Augen geführt, daß zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen die politische Bekämpfung der Arbeiter unerlässlich sei, daß es aber nur eine einzige politische Partei gäbe, die großbündlich, nicht aber in gelegentlichen Einzelgängen, und dann aus wirtschaftlichen Gründen für die Arbeiterforderungen eintritt, und diese Partei sei lediglich die Sozialdemokratie.

Je ein Redner aus Belgien und Frankreich schlossen sich der von Köbel vertretenen Forderung an. Renard-Frankreich kam darauf zurück, daß der englische Redner gesagt habe, daß in England im Durchschnitt auf je 1000 Betriebe nur ein Kontrolleur komme. Dieses Verhältnis sei in Frankreich noch weit

schlimmer; dort komme ein Kontrolleur im Durchschnitt erst auf 1500-1600 Betriebe.

In der Abstimmung stimmten die Engländer, Franzosen und Belgien gegen einen Zusatzartikel der Oesterreicher, die Gewerbeinspektoren mit der nötigen Exekutivgewalt auszurüsten, damit sie in der Lage sind, die gebundenen Lebensstände und Mängel aus eigener Machtvollkommenheit zu beseitigen.

Die fünf anderen Länder stimmten für diesen Antrag, doch da zur Annahme eines Antrags eine Dreiviertel-Majorität notwendig ist, ist dieser überreizte Antrag abgelehnt. Dagegen wird die folgende Resolution einstimmig angenommen. Dagegen-England begründete dann eine Resolution, daß der Kongress das System der Geldstrafen und Lohnabzüge beurteilt und sich verpflichtet, für die Schaffung eines Gesetzes einzutreten, welches dieses System als ungesetzlich bezeichnet. In der Hand zahlreicher Beispiele angeführt der Sekretär den Beweis, daß auch in England die Geld- und Lohnstrafen, die häufig ohne jegliche Kontrolle verhängt werden, von den Unternehmern lediglich als ein Mittel, sich in der schäblichsten Weise zu bereichern, betrachtet werden.

Kräpzig-Deutschland führte aus, daß der deutsche Verband dieses dumme Kapitel bereits auf seiner letzten Generalversammlung behandelt habe und an der Hand einer Anzahl von Fällen ein formidables System entwickelt hat, welches einer Konstitution des Lohnes gleichkommt. Neben den Lohnstrafen sind noch stellenweise brutale Körperzuchtmaßnahmen üblich, die die Ehre und Menschenwürde der Arbeiter mit Füßen getreten wird. Die deutsche Organisation hat Vorseorge zur Sammlung des Materials getroffen; dasselbe soll dann an die sozialdemokratische Reichsorganisation und an den sozialpolitischen Ausschuss der Generalcommission zur Weiterverwendung gegeben werden. Außerdem werden die kraftlosen Fälle im Jahrbuch des Verbandes veröffentlicht, damit sie in der nächsten Versammlung finden. Die Deutschen begriffen es deshalb, daß jetzt auch die Engländer gegen diese Verabredung der Lohnstrafen protestieren und fordern, daß den Unternehmern gesetzlich das Recht genommen wird, aus eigener Machtvollkommenheit eine selbstherrliche Justiz zu üben und Geld- und Lohnstrafen über die Arbeiter zu verhängen.

Orban-Belgien schloß sich den Vorrednern in ihrer scharfen Kritik an, da das Strafmittel auch in Belgien äußerst scharf gehandhabt werde. Nach 1902, wie die Sozialdemokraten in größerer Anzahl in das Parlament kamen, ist es für einige Jahre besser geworden. Die geringen gesetzlichen Vorschriften, die die Sozialdemokratie während ihrer parlamentarischen Wirksamkeit durchgesetzt hat (z. B. die Anwendung einer Kontrollkommission), haben die Unternehmer, besonders in Flandern und Brabant, fast gänzlich wieder außer Wirksamkeit gesetzt. Ein Beweis, wie wenig den Arbeitern die wirtschaftliche Bewegung allein nützt, wie sie vielmehr ihre Interessen auf ökonomischen und politischen Gebieten verteidigen müssen, bis sie derart gesetzlich festgelegt sind, daß die Unternehmer sie nicht bei jeder wirtschaftlichen Depression einfach wieder über den Haufen werfen.

Peters-Holland zeigte, wie auch in seinem Lande das System der Lohn- und Geldstrafen einen Umfang und Formen angenommen hat, die geradezu zum Himmel schreien. Die Unternehmer haben Lohnstrafen in Anwendung, die mehr als 20 verschiedene Positionen führen, auf Grund deren sie über die Arbeiter Geldstrafen verhängen. Als vor einigen Jahren unter dem Druck der belgischen sozialdemokratischen Abgeordneten von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit ein Gesetz gegen die scharfen Lohnstrafen der Unternehmer geschaffen wurde, schloß die bürgerliche Parlamentsmehrheit es so lächerlich, daß die Unternehmer die Geldstrafen nur in „Schadenersatz“ umzuwandeln brauchten, um ihre alte Praxis der Verabredung der Arbeiter ungeniert fortsetzen zu können. Den Arbeitern aber steht gegen diese Praxis kein anderer Weg offen, als die Widerstandslage auf zivilgerichtlichem Wege gegen die Unternehmer einzulegen. — Die Resolution wurde darauf einstimmig angenommen.

Am Freitag werden die Verhandlungen fortgesetzt.

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 19. Juni 1911.

### Internem „liberalen“ Ausnahmestrich!

#### Mitgliederversammlung im Walde.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis hat im September im Walde bei Dolau beschlossen, der realistischen Auslegung des Reichsvereinsgesetzes durch die Polizeiverwaltung des angeblich liberalen Magistrats der Stadt Halle nicht nachzugeben. Die Genossen wollten sich das durch das Reichsvereinsgesetz zugesicherte Recht, Vereinsversammlungen ohne polizeiliche Überwachung abzuhalten, nicht durch die einzig bestehenden Zellen unserer Polizei freiwillig lassen. Da nun die Polizei auch die vor wenigen Wochen im Volkspark veranstaltete Mitgliederversammlung wieder entgegen dem Wortlaut des Gesetzes überwachbar, so blieb, wollte man unbedeutlich bleiben, nichts anderes übrig, als wieder auszuweichen und im Freien zu versammeln. So hielt denn am gestrigen Sonntag der Sozialdemokratische Verein seine zur Erleuchtung bringender Angelegenheiten notwendig gemordene Mitgliederversammlung — wie man uns berichtet — wieder im Freien, auf dem Kleinen Berge in der Dolauer Seite ab. Wohl an die 500 Genossen hatten sich, nach den uns vorliegenden Mitteilungen, in kleinen Trupps, die von der Polizei nicht bemerkt wurden, zu der Versammlung begeben. Die Versammlung nahm Stellung zu den neuesten Polizeialten. Widerspruchlos wurde dem Vorsitzenden zugestimmt, so lange bis das Cherverwaltungsgericht über die gegen die Polizeiverwaltung eingeleitete Klage entschieden hat, dabei zu verharren, daß Mitgliederversammlungen unter polizeilicher Überwachung nicht abgehalten werden. Es wurde dringend hauer gemacht, sich bei neuen Polizeialten proposieren zu lassen, aber nur die Polizeialten drei Worte und Taten zu probieren. Nur wenn einem das Wort in den Ohren löst bei den rückständigen Eingriffen der Polizei, solle äußerlich die größte Ruhe bewahrt werden. Die Beamten müßten einfach unbedacht gelassen werden. Es dürfe nicht durch Erregungsausbrüche Material zu Ausnahmestrichen und neuen Ausnahmestrichen geliefert werden.

Die Versammlung behandelte dann noch eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten und Beschlüsse für die nächste Zeit gefasster Beschlüsse.

Das Ordnungsgesetz der Krankenkassen. Gefeslich haben die Krankenkassen das Recht, Versicherten, welche die Krankenkassen übertritten oder den Anordnungen des behandelnden Arztes zuwiderhandeln, mit Ordnungsstrafen bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes für jeden einzelnen Verletzungsfall zu belegen.

Ar. 1. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Die Arbeiter haben die Wohnung Weidenplan 2 angegeben. Die mit jedem der von ihnen besetzten Wohnungen besetzten Arbeiter sind: 1. Herr M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 2. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 3. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 4. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 5. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 6. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 7. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 8. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 9. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 10. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 11. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 12. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 13. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 14. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 15. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 16. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 17. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

Ar. 18. Herrn M. P. hier, Halle a. S., 21. April 1911. Als die am 18. d. M. früh 8 1/2 Uhr bei Herrn Dr. Goebel mit vorprachen, rufen Sie hat nach Alkohol, so daß Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke und die Kranke haben Sie gegen 8 1/2 Uhr vorprachen über die Kranke.

von der alten Einrichtung, einer Gründung des Industriellen Ausschusses. Die Stadt hat bis jetzt jährlich 20.000 Mark Zuschuß gezahlt, wofür die Arbeiterorganisationen in hervorragendem Maße an der Kasse beteiligt. Die Stadt erhält ihren Zuschuß im Betrage von bis zu 100.000 Mark, wofür sie 6 von den 20 Etagen im Fabrikvorkanal erhält. Die Versicherten und die Gewerkschaften erhalten 10 Etagen; einen Teil der Vorstände der Ausschüsse des Allgemeinen Arbeitervereins der Stadt Wilm und drei entfallen auf die „Stiller“ und „Ehrenmilitär“. Die beiden Anhängel sind ein Zuschuß an die alte Kasse, die man mit ihren 140.000 Mark Vermögen betriebsfähig. „Stiller“ ist derjenige, der einen einmaligen Beitrag von 300 Mk., „Ehrenmilitär“, der jährlich 5 Mark Beitrag zahlt. Den Gewerkschaften hat man erhebliche Zuschüsse gegenüber dem ersten Statutenentwurf machen müssen; indes war die Ausschaltung jenes patriarchalischen Anhängels nicht zu erreichen.

Die Mitglieder sind ja nach der in ihrem Verne mehr oder weniger häufigen Arbeitslosigkeit in drei Gehaltsklassen eingeteilt. Nach jeder Gehaltsklasse ist es zwei Tarife, die je nach der Beitragshöhe eine geringere oder höhere Unterstufung festsetzen. Nach dem ersten Tarif zahlt man, sofern die zugehörige Gehaltsklasse nicht der Klasse angefallen ist, 15, 20 und 40 Pf. Wochenbeitrag, je nach der Gehaltsklasse, und erhält dafür pro Tag 1,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung während der ersten 20 Tage und 0,75 Mk. während weiterer 40 Tage. Nach dem höheren Tarif erhält man bei 20, 30 bzw. 60 Pf. wöchentlichem Beitrag 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

Die Mitglieder sind ja nach der in ihrem Verne mehr oder weniger häufigen Arbeitslosigkeit in drei Gehaltsklassen eingeteilt. Nach jeder Gehaltsklasse ist es zwei Tarife, die je nach der Beitragshöhe eine geringere oder höhere Unterstufung festsetzen. Nach dem ersten Tarif zahlt man, sofern die zugehörige Gehaltsklasse nicht der Klasse angefallen ist, 15, 20 und 40 Pf. Wochenbeitrag, je nach der Gehaltsklasse, und erhält dafür pro Tag 1,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung während der ersten 20 Tage und 0,75 Mk. während weiterer 40 Tage. Nach dem höheren Tarif erhält man bei 20, 30 bzw. 60 Pf. wöchentlichem Beitrag 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839,



